

Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier - Einführung

Jacob, Patricia; Löwis, Sabine von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jacob, P., & Löwis, S. v. (2010). Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier - Einführung. In A. Matern, S. v. Löwis, & A. Bruns (Hrsg.), *Integration - Aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung: 12. Junges Forum der ARL 10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg* (S. 35-42). Hannover: Verl. d. ARL.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-357230>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Patricia Jacob, Sabine von Löwis

Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier – Einführung

S. 35 bis 42

Aus:

Antja Matern, Sabine von Löwis, Antje Bruns (Hrsg.)

Integration – Aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung

12. Junges Forum der ARL

10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg

Arbeitsmaterial der ARL 353

Hannover 2010

Patricia Jacob, Sabine von Löwis

Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier – Einführung

Gliederung

- 1 Zivilgesellschaftliches Engagement von Zuwanderern
- 2 Aktive und gezielte Anwerbung von Zuwanderern
- 3 Aus der Diskussion zu Integration von Zuwanderern
 - 3.1 Fehlende differenzierte Datengrundlagen
 - 3.2 Gestaltungsmöglichkeiten im Quartier
 - 3.3 Integration – Warum und wie sehr?

Literatur

Das Hauptthema der Arbeitsgruppe „Integration von Zuwanderern in der Stadt und im Quartier“ war die Frage, welche Bausteine eine kommunale Integrationsstrategie beinhalten sollte, um die Bedürfnisse und Anforderungen der „neuen“ und „alten“ Zuwanderer gleichermaßen zu berücksichtigen. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden drei Themen diskutiert, die als Bausteine einer Integrationsstrategie gelten können. Der vorliegende Beitrag stellt die Diskussion der Arbeitsgruppe dar.

Der Beitrag von *Ivonne Fischer-Krapohl* befasste sich dabei mit der Bedeutung der Migrantenökonomie für Zuwanderer als Existenzgrundlage und „Wohlfühlfaktor“ innerhalb der Stadt und für Stadt und Quartier sowie als Image einer internationalen und toleranten Stadt (vgl. Beitrag in diesem Band).

Als weitere relevante Themen wurden das zivilgesellschaftliche Engagement von Zuwanderern sowie der Versuch diskutiert, die Zusammensetzung der Zuwanderung nach Hamburg gezielt durch die Einrichtung des Welcome Centers zu beeinflussen.

Auszüge aus dem Roman „Das Herz der Leopardenkinder“ von Wilfried N’Sondé und das daran anschließende Gespräch mit dem Autor rundeten die Diskussion mit einem sehr persönlichen Zugang zu Integration und der Bedeutung des „Andersseins“ für die eigene Identitätskonstruktion ab.

Im vorliegenden Beitrag werden die Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie die Möglichkeiten der Steuerung von Zuwanderung und die Integration von „vorhandenen“ Zuwanderern in die Stadt diskutiert und vorgeschlagen. Abschließend werden Schlussfolgerungen aus der Diskussion dargestellt.

1 Zivilgesellschaftliches Engagement von Zuwanderern

In der Arbeitsgruppe wurde die Frage diskutiert, welche zivilgesellschaftlichen Strukturen Zuwanderer in Stadt und Quartier benötigen und wie diese befördert und mit vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und Vorstellungen verknüpft werden können.

Zur Unterstützung einer Integration in den Stadtteil und in die Stadt ist eine Einbindung von Zuwanderern in zivilgesellschaftliche Netzwerke hilfreich, wie die Entwicklung von Stadt und Gesellschaft sich ohnehin zunehmend auf zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke stützt.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird weithin als wichtiger Bestandteil für die Integration von Zuwanderern in die Stadt gesehen. So betrachtet auch der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung von 2007 das Bürgerengagement als wichtige Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. „Bürgerschaftliches Engagement beruht auf freiwilliger Selbstverpflichtung, öffentlicher Verantwortungsübernahme und Vernetzung. Es wirkt identitätsstiftend und stärkt die Handlungskompetenz. Deshalb hat bürgerschaftliches Engagement eine besondere Katalysatorenfunktion auch für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund“ (Bundesregierung 2009: 173).

Das zivilgesellschaftliche Engagement wird von Netzwerken sowie Akteuren getragen, die sich bürgerschaftlich engagieren. Sie tragen dazu bei, dass sich die Lebenssituation der Menschen im Stadtteil verbessert und bilden den Kitt, der Stadtgesellschaften und Nachbarschaften zusammenhält. Dabei hat das zivilgesellschaftliche Engagement zum einen positive Effekte auf die Stadtgesellschaft und zum anderen hat es auf die Engagierten einen integrativen Effekt, wie auch auf ihr soziales Umfeld. Bürgerschaftliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement hat vielfältige Ausprägungen und ist nur unter bestimmten Bedingungen möglich. In dem Beitrag von *Silke Schlichting* wurden erste Ansätze und Ideen über die Art und Weise des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten vorgestellt¹.

Im Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement im Stadtteil wurde deutlich, dass es zum Thema keine verlässlichen Daten gibt, die repräsentativ die Quantität und Qualität des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten abbilden.

Der Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Dezember 2005, der das freiwillige Engagement in Deutschland von 1999 bis 2004 erfasst, muss in Bezug auf das Engagement von Migranten mit Vorsicht interpretiert werden, da der Survey auf telefonischen Befragungen basiert und dabei die Kenntnis der deutschen Sprache zur Beantwortung der Fragen notwendig war. Somit dürften hier eine Reihe von Migranten ausgeschlossen worden sein. Daher ist die Studie hinsichtlich des Engagements von Personen mit Migrationshintergrund dominiert, die deutschsprachig und gut sozial eingebunden sind (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 347). Zudem sind Migranten mit etwa 10% der Gesamtstichprobe (ca. 15.000 Befragte) unterrepräsentiert (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 355). Die Stichprobe zum freiwilligen Engagement wird nicht als repräsentativ angesehen, enthält aber dennoch erste quantitative und qualitative Aussagen zum Engagement von Personen mit Migrationshintergrund (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: 167).

Dabei werden als freiwilliges Engagement die Übernahme eines formalen Ehrenamtes in Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen als auch freiwilliges Engagement in Initiativen und Nachbarschaftshilfen definiert. Damit werden Engagementbereiche nicht erfasst, die im verwandtschaftlichen und bekanntschaftlichen Kontext liegen, was bei Personen mit Migrationshintergrund häufiger vermutet wird (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: 166).

¹ Dieser Beitrag ist nicht in dem vorliegenden Band veröffentlicht.

Die Motivation sich zu engagieren kann ganz unterschiedlicher Herkunft sein. Es spielen altruistische Motive (Mitgefühl, Gemeinwohlorientierung) wie auch gemeinschaftsbezogene Motive (Kommunikation, Kontakte aufbauen) eine Rolle, um sich zu engagieren. Weiterhin können gestaltungsbezogene (Mitbestimmung und Veränderung gesellschaftlicher Missstände) oder entwicklungsbezogene Interessen (u. a. neue Erfahrung oder Bewältigung eigener Probleme) der Hintergrund für Engagement sein.

Es gibt ebenso eine große Vielfalt an Möglichkeiten für ein bürgerschaftliches Engagement: Flüchtlingsinitiativen, private und individuelle Hilfe, organisierte Selbsthilfe, Vereinsarbeit in einer breiten Vielfalt. Hinsichtlich des Engagements von Migranten ist auffällig, dass Kinder und Jugendliche eine Brücke sind, sich zu engagieren.

Grundsätzlich ist das Engagement von Personen mit Migrationshintergrund niedriger ausgeprägt als bei Nichtmigranten (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 347). Ein hohes Engagement zeigen Migranten in den Bereichen „Bewegung und Sport“ (35 %) sowie „Freizeit und Geselligkeit“ (18,5 %). Weitere wichtige Aktivitätsbereiche sind „Kultur und Musik“ (13,5 %), „Schule und Kindergarten“ (14 %), der soziale Bereich (10,5 %) sowie „Kirche und Religion“ (9,5 %) (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 347).

Dabei macht die Studie auch deutlich, dass je länger Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, desto eher engagiert sind, was darauf hinweist, dass das zivilgesellschaftliche Engagement ein wichtiger Indikator für die Integration in die Gesellschaft darstellt.

Auffällig ist, dass die Organisationsformen des Engagements sich zwischen Migranten und Nicht-Migranten unterscheiden. Migranten sind stärker in staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen engagiert (v. a. Kita, Schule) und seltener in Vereinen. Dies deutet darauf hin, dass eine Zugangsbarriere zu deutschen Vereinen besteht, die scheinbar eine kulturell homogene Form des Engagements konstruieren (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006: 349). Daneben gibt es ein starkes Engagement im Bereich der Selbsthilfe innerhalb der ethnischen Communit[ies].

Es stellt sich einerseits die Frage, wie das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten gefördert werden kann, und andererseits, wie und ob die bestehenden Netzwerke und Gruppen von Migranten als Brücke für die Partizipation im Stadtteil genutzt werden können.

Um die Hürde überwinden zu können, sich in überwiegend deutsch geprägten Vereinen und Initiativen zu engagieren, kann Transparenz helfen, d. h. Informationen über Ansprechpartner, Strukturen und Angebote. Die Entscheidung darüber, welche Angebote wahrgenommen werden, sollte jedoch selbstbestimmt getroffen werden. Zweitens kann die Rolle als „Quotenmigrant“, der immer wieder auf seine Andersartigkeit angesprochen wird, sehr frustrierend sein, daher sollten die Menschen als Individuum und nicht als Repräsentant einer ethnischen Gruppe behandelt werden. Nicht zuletzt ist für Migranten ebenso wie für Deutsche eine Anerkennung und Ehrung ihres Engagements wichtig und motivierend.

Versucht man beispielsweise im Rahmen eines Quartiersmanagements Initiativen für Quartiersaufgaben zu motivieren oder deutsche und ethnische Strukturen zu vernetzen, so ist die gemeinsame Betroffenheit als Treiber wichtig. Bestehende Gruppen sind als Ansprechpartner und Katalysator hilfreich. Das Engagement für die Belange des Stadtteils ist jedoch bei einem kulturellen oder sportlichen Verein nicht das Gründungsziel, somit ist die Erwartung verfehlt, die Bereitschaft bei den Mitgliedern vorauszusetzen, nur weil sie bereits eine Form des bürgerschaftlichen Engagements betreiben.

2 Aktive und gezielte Anwerbung von Zuwanderern

Als weiteres Thema wurde anhand des Welcome Centers Hamburg diskutiert, welche Institutionen und Strategien möglich sind, um Zuwanderer anzuwerben.

Das Welcome Center ist eine Anlaufstelle für neu Zugewanderte mit starkem Fokus auf hochqualifizierte Zuwanderer und wird in Kooperation von der IHK und der Stadt Hamburg betrieben. Es handelt sich dabei um ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Hamburg sieht sich als wachsende Metropole mit hoher Lebensqualität und wirtschaftlicher Prosperität. Um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb der Städte konkurrieren zu können und um trotz niedriger Geburtenraten und Überalterung über ausreichend Fachkräfte und Kreative zu verfügen, soll die Zuwanderung aktiv unterstützt werden. Die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen und Landesebene sind in diesem Bereich jedoch eingeschränkt, da die Gesetzgebung Bundesangelegenheit ist und die Möglichkeiten der Einwanderung trotz neuem Zuwanderungsgesetz von 2005 sehr restriktiv sind. Die Stadt Hamburg greift daher zu einem Instrument der Integrationspolitik, um Migrationspolitik zu betreiben, so die These von *Simon Fellmer*. Das heißt, das Welcome Center hat zum Ziel, im Sinne einer Einwanderungspolitik bestimmte Zuwanderer anzuziehen. Dabei verwendet es als Anlaufstelle für Behördengänge und Informationen rund um den neuen Lebensort jedoch Mittel, die klassischerweise unter dem Stichwort Integration diskutiert werden. Das Angebot ist angesichts der Zielsetzung und der begrenzten Kapazitäten zweigeteilt. Mehrsprachiges Informationsmaterial erhalten alle Zuwanderer. Ein umfassender Service, der sich auf alle Anmeldevorgänge (Aufenthaltstitel, Wohnsitz, Lohnsteuerkarte, Kraftfahrzeugschein etc.) bezieht, ist jedoch zunächst für die Hochqualifizierten mit Arbeitsvertrag reserviert und wird nur bei geringer Auslastung auch anderen angeboten. „Hochqualifiziert“ ist dabei in Deutschland gemäß Aufenthaltsgesetz definiert als jemand, der mindestens 64.800€ im Jahr (Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung) verdient oder Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen ist.

Die Diskussion entzündet sich stark an der Unterscheidung in gewollte und ungewollte Zuwanderung, wie sie von der Stadt Hamburg praktiziert wird und üblicherweise Gegenstand einer Einwanderungspolitik ist. Einwanderungspolitik hat per Definition zum Ziel, die Zusammensetzung der Zuwanderung zu beeinflussen. Staaten steuern die Zuwanderung, d. h. das Überschreiten ihrer nationalen Grenzen, durch Gesetze und deren Auslegung bei der Anwendung vor Ort. Dabei müssen Kriterien angelegt werden, um zu entscheiden, wer das Recht erhält, einzureisen, dauerhaft zu bleiben und eine Arbeit aufzunehmen. Deutschland ist ein Land, das sich erst allmählich als Einwanderungsland begreift, und es besteht bisher kein gesellschaftlicher Konsens darüber, wie viel und welche Art der Migration gewollt und gebraucht wird. Die gesellschaftliche Diskussion ist sehr emotional aufgeladen und bewegt sich zwischen verschiedenen Polen. Einerseits gibt es moralische Bedenken, überhaupt nach „nützlichen“ und ungewollten Migranten zu unterscheiden, die sich an der Debatte um Hochqualifizierte und deren Sonderbehandlung entzünden. Auf der anderen Seite behindern Ängste, Vorurteile sowie die Unsicherheit im Umgang mit Migranten einen proaktiveren Umgang mit Zuwanderung und der Gestaltung der Einwanderungspolitik. Hier scheint eine sachlichere gesellschaftliche Debatte angebracht, die einerseits wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kriterien bei der Einwanderungspolitik als legitim anerkennt und andererseits in der Integrationspolitik alle bereits eingewanderten Bürger gleich behandelt, ohne mentale Kategorien von „guter“ und „schlechter“ Zuwanderung aufzubauen.

Insofern ist das Vermischen von migrations- und integrationspolitischen Instrumenten problematisch – oder anders gesagt die selektive Verwendung von integrationspoliti-

schen Instrumenten nur für eine Teilgruppe. Diese Praxis erscheint umso fraglicher und einseitiger, wenn man die kleine Gruppe angeworbener Personen den großen Gruppen von bereits in Hamburg lebenden Menschen mit akademischen Abschlüssen gegenüberstellt, die aufgrund von fehlender Arbeitserlaubnis oder Anerkennung des Abschlusses nicht ihrem erlernten Beruf nachgehen können. Zusätzlich könnte man die These aufstellen, dass die hochgradig mobile internationale Elite mit gut bezahlten Arbeitsverträgen bei internationalen Konzernen im Vergleich zu anderen Einwanderergruppen viel weniger Integrationsleistungen benötigt, da sie über ausreichend Ressourcen, Bildung und zumindest englische Sprachkenntnisse verfügt, um sich zurechtzufinden. Im Fazit ist es grundsätzlich positiv und wünschenswert, neuen Einwanderern das Gefühl des Willkommenseins zu geben und Hilfeleistungen anzubieten. Dies sollte jedoch für alle Neuankömmlinge gelten. Außerdem sollten anstelle einer einseitigen Anwerbungspolitik mit großem Aufwand auch die Potenziale derer, die bereits im Land leben, genutzt werden, indem sie im Bereich Bildung und Beruf unterstützt werden.

3 Aus der Diskussion zu Integration von Zuwanderern

3.1 Fehlende differenzierte Datengrundlagen

In der Diskussion wurde deutlich, dass zum einen Daten und Informationen zur Integration von Zuwanderern im Detail fehlen. So müssen für die Einordnung der Bedeutung der Migrantenökonomie zunächst aufwendig Daten erhoben werden, wie auch für die Bewertung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten keine repräsentativen und differenzierten Daten vorliegen. Daher können über das Gründungsverhalten ethnischer Unternehmer, die Einbindung von Migranten in Vereinen oder die Anzahl und Art und Weise des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten kaum gesicherte Aussagen getroffen werden.

Eine Schlussfolgerung der Arbeitsgruppe war demnach, dass eine unmittelbare Notwendigkeit besteht, Migranten in den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen statistisch zu erfassen. Erforderlich sind entsprechende Datenerhebungsverfahren und Kriterien, die eine Analyse des Zustands der Integration von Migranten in allen Lebensbereichen Aussagen ermöglichen. Notwendig ist insbesondere auch, auf die kulturellen und sprachlichen Hintergründe der Migranten einzugehen.

„Die Steuerung der Integrationsarbeit benötigt über die Indikatoren und Kennzahlen hinaus qualifizierte Daten. In der Kommunalstatistik und der amtlichen Statistik wurde vor 2005 nur zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden. Eine alleinige Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit wird der zunehmenden Heterogenität der Personen mit bzw. ohne deutsche Staatsangehörigkeit aber nicht gerecht. So sind viele Deutsche im Ausland geboren und als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zugewandert. Eine zunehmende Anzahl von Personen wurde im Ausland geboren und hat das Recht auf Einbürgerung in Anspruch genommen. Auf der anderen Seite leben viele Menschen als Ausländer in Deutschland, die hier geboren wurden und keine eigenen Migrationserfahrungen haben. Erst mit dem Mikrozensus 2005 erhebt das Statistische Bundesamt Daten zu Personen mit Migrationshintergrund; dazu zählen Ausländer, Zugewanderte, Eingebürgerte und deren Nachkommen“ (Bundesregierung 2007: 121-122).

Ziel soll es sein, Daten zukünftig zu erheben und laufend fortzuschreiben, sie der Differenziertheit und Heterogenität der Zuwanderer anzupassen und so klarere Aussagen machen zu können und zu besseren Schlussfolgerungen kommen zu können.

3.2 Gestaltungsmöglichkeiten im Quartier

Die Relevanz des Raumes wurde vielfältig und an verschiedenen Stellen in der Diskussion angesprochen. Dabei wurde die Frage gestellt, welche Rolle die Quartiersebene und welche Rolle die unterschiedlichen räumlichen Ebenen der Planung spielen. Es wurde auch die Frage gestellt, welche Strukturen auf der Quartiersebene eine Integration von Zuwanderern unterstützen können. Mit Strukturen sind beispielsweise bauliche Strukturen, Förderstrukturen, zivilgesellschaftliche und nachbarschaftliche Strukturen gemeint.

Dabei kann Raum aus zweierlei Perspektive betrachtet werden. Zum einen geht es um die Effekte des Raumes auf die Bewohnerschaft und zum anderen um die Gestaltbarkeit des Raumes durch die Bewohnerschaft. Raum kann dann eine Wirkung auf die Bewohnerschaft haben, wenn er als „Container“ für eine Reihe negativer oder auch positiver Eigenschaften angesehen wird, die dem Bewohner Chancen oder Hindernisse für seine persönliche Entwicklung geben.

Raum kann aus unterschiedlichen Perspektiven wahrgenommen werden und es soll hier auf das dynamische Raummodell von Sturm (2000) eingegangen werden. Zunächst ist der Raum in seinen unterschiedlichen materiellen Ausprägungen zu sehen, die innerhalb des Quartiers von dem konkreten Wohnumfeld und Wohnbedingungen bis hin zur infrastrukturellen Anbindung reichen können. Hinsichtlich des konkreten, materiellen Raumes wird häufig eine Benachteiligung von Migranten konstatiert, die sich tendenziell in Quartieren konzentrieren, in denen der Wohnraum qualitativ schlechter ausgestattet ist und das Wohnumfeld durch minderwertige Qualität und geringe Quantität (wenig Freiraum, wenig Spielplätze etc.) charakterisiert ist. Diese konkrete Situation der räumlichen Lebenssituation von Migranten steht in einer Wechselwirkung von sich selbst wieder konstituierenden Bedingungen und der staatlichen Steuerung von Siedlungsentwicklung. Zuwanderer sind häufig abhängig von zunächst günstigen Wohnsituationen, die sich insbesondere in Quartieren finden, die günstigen Wohnraum aufweisen. Quartiere mit günstigem Wohnraum sind in ihrer Qualität niedrig. Dieser Wirkungszusammenhang führt zu einer Konzentration von Migranten in Quartieren mit niedrigen Mieten. Damit entsteht ein Image innerhalb der Stadt, das die Konzentration von Zuwanderern ausdrückt, wo schlechte Wohn- und Lebensqualität vorherrschen und damit eine Durchmischung mit Nicht-Migranten und Unterschicht-Bewohnern unwahrscheinlich wird. Der kulturelle Ausdruck des Quartiers ist durch ein Negativimage geprägt, das sich dann materiell und kulturell reproduziert. Stadtplanung muss diese vielfältigen Wirkungszusammenhänge erkennen und in ihrer Tätigkeit auf die materielle Gestalt, den kulturellen Ausdruck und die konstituierenden Prozesse strukturierend reagieren. Dazu gehört, dass sie auf die konkreten räumlichen Anforderungen der Migranten eingeht, die einerseits andere Ansprüche an Wohnen und Freiraum haben und andererseits auch günstigen Wohnraum zunächst benötigen. Gleichwohl muss das Quartier auch für Nicht-Migranten interessant sein, sodass der kulturelle Ausdruck des Quartiers von Durchmischung und Vielfalt gekennzeichnet wird. Aber gerade auch der kulturelle Ausdruck eines Quartiers mit spezifischer ethnischer Ausprägung kann positiv wirken – als Zeichen einer internationalen, toleranten und vielfältigen Stadt. Hier muss es dann Aufgabe der Stadtentwicklung sein, den kulturellen Ausdruck eines Quartiers durch Imagebildung in eine positive Richtung zu lenken. Diesen Prozess muss sie auch durch materielle Gestaltung des Quartiers, der Unterstützung eines zivilgesellschaftlichen Engagements oder der Migrantenökonomie begleiten. So ergeben sich für Stadtplanung und -entwicklung unterschiedliche Handlungsebenen, die

Raum als materiell zu gestaltendes und als kulturell durch Netzwerke und Aktivitätsräume der Bewohner von Stadt und Quartier geprägtes Konstrukt und Ausdruck verstehen müssen.

3.3 Integration – Warum und wie sehr?

Die vorab dargestellte Betrachtung von Raum und die persönliche Zugehörigkeit zu einem materiellen, administrativen oder konstruierten Raum werfen den Blick auf die Diskussion, die insbesondere durch die Wahrnehmung von Migranten durch Nicht-Migranten und die Selbst-Wahrnehmung von Migranten charakterisiert wird. Dabei spielen Wahrnehmungen und Vorstellungen eine besondere Rolle, was durch die Lesung von *Wilfried N'Sondé* „Das Herz der Leopardenkinder“ deutlich wurde. In diesem Buch wird die Sichtweise eines jungen Menschen mit Migrationshintergrund dargestellt, der hinsichtlich einer bestimmten nationalen Herkunft stigmatisiert wird und gleichzeitig selber kaum eine konkrete Vorstellung des Geburtslandes hat, das er sehr jung verlassen hat. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die Geburt in einem bestimmten Nationalstaat, Hautfarbe, Religion und Sprache die Identität einer Person bestimmen.

In der Diskussion in der Arbeitsgruppe als auch in und nach der Lesung mit *Wilfried N'Sondé* kam immer wieder die Frage auf, wieviel Integration sein muss und darf. Was kennzeichnet überhaupt das „Anderssein“ von Menschen, wie wichtig ist die Herkunft und was macht einen Menschen zu einem Migranten? Es schließt sich die Frage an, ob beim Thema Integration immer auch die ethnische Herkunft mitdiskutiert werden muss. Hat der norddeutsche Stadtbewohner, der in ein bayerisches Dorf zieht, nicht auch Probleme, sich in die Gemeinschaft zu integrieren? Ist es nicht ebenso schwer, Deutsche mit geringem Bildungsniveau für bürgerschaftliches Engagement im Quartier zu mobilisieren? Sind die Unterschiede zwischen den Lebensstilen verschiedener Gruppen nicht viel markanter als zwischen Deutschen und Ausländern, oder umgekehrt gesehen, ist die Gruppe der Migranten nicht viel zu vielfältig und heterogen, um die Trennlinie zwischen Fremd und Vertraut an Staatsbürgerschaft oder Herkunft festzumachen?

Geschlecht, Berufsgruppe, Religion oder Bildung können für den Zugang zu gesellschaftlichen Chancen und Möglichkeiten wichtiger sein als die Zugehörigkeit zu einer Nationalität. Trotz dieser Einwände wird festgestellt, dass die ethnische Herkunft so lange noch Thema in Integrationsdebatten sein muss, wie es einen offenen oder versteckten Rassismus gibt, der zu Benachteiligungen beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnung oder gesellschaftlicher Teilhabe führt. Dieser Umstand macht eine Integrationspolitik notwendig. Gerade bei denen, die schon lange in Deutschland leben oder hier geboren werden, sind die Übergänge jedoch fließend, was Barrieren, ethnisches Zugehörigkeitsgefühl sowie Konstruktion der Identität über die ethnische Abstammung angeht. Wegen eines ausländisch klingenden Namens oder eines nicht westeuropäischen Aussehens als Migrant bzw. Person mit Migrationshintergrund adressiert zu werden, kann eher als irritierend und ausgrenzend empfunden werden.

An dem Begriff der Integration reibt sich die Diskussion. Es besteht Bedarf, erst einmal zu definieren, was damit gemeint ist und welche Zielvorstellung dahinter steht. Wie „weit“ wollen wir integrieren und wie viel? Wie soll die Gesellschaft aussehen, wieviel Pluralität können wir vertragen? Wer möchte oder sollte integriert werden – haben wir da die muslimische Hausfrau mit schlechten Deutschkenntnissen vor Augen oder gilt die Forderung auch für den spanischen Manager, der in einem international tätigen Konzern arbeitet?

Diese sehr subjektiven Voraussetzungen von Migranten, die gesellschaftliche Wahrnehmung sowie der räumliche Niederschlag und die daraus resultierenden Integrationsprobleme und Anforderungen bedürfen einer wissenschaftlich differenzierten Betrachtung, um alle Aspekte des Problems adäquat zu berücksichtigen.

Literatur

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Indikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring erstellt für die Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Berlin.
- Bundesregierung (2007): Nationaler Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Bundesregierung (2009): Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- N’Sondé, W. (2008): Das Herz der Leopardenkinder. München.
- Sturm, G. (2000): Wege zum Raum. Methodologische Annäherungen an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften. Opladen.